



BürgerInneninitiative gegen ein Bordell in Marburg

Sehr geehrte Frau Schwesig,

zum 2. Mal wendet sich die Marburger Bürgerinitiative [bi-gegen-bordell \(www.bi-gegen-bordell.de\)](http://www.bi-gegen-bordell.de) mit Einwänden gegen das geplante Prostituiertenschutzgesetz an Sie und fordert Sie auf unsere Stimme als Stimme aus der Zivilgesellschaft wahrzunehmen.

Seit 10 Jahren kämpfen wir regional und überregional gegen die Menschen verachtenden Zustände in der heutigen Prostitutionsszene. Wir hatten und haben Kontakte zu Frauen in der Prostitution, zu Aussteigerinnen, zu Bordellbetreibern und Zuhältern, zu Fachleuten aus Polizei, Justiz und Sozialarbeit. Sie können also davon ausgehen, dass wir seit Langem über die Realität in der Rotlichtszene informiert sind.

Sie haben sich im Vorfeld der Arbeit Ihrer Kommission, die sich mit der notwendigen Novellierung des alten Prostitutionsgesetzes befassen sollte, als erstes von den Interessenverbänden der Bordelllobby und einigen wenigen deutschen "Sexworkerinnen" informieren bzw. beraten lassen.

Deren interessengebundenen Aussagen möchten wir nun Stimmen aus der Zivilgesellschaft gegenüber stellen. Wir, Ihre Wählerinnen und Wähler, fordern Sie nachdrücklich auf, AUCH diese Stimmen wahrzunehmen. Es handelt sich um nachprüfbare Kommentare von Bürgerinnen und Bürgern, die in den letzten Wochen eine Petition des Bündnisses "Stop Sexkauf" unterzeichnet und zum großen Teil auch begründet haben, warum sie diese Petition unterstützen. Die Marburger Bürgerinitiative ist Mitglied dieses Bündnisses. Die Petition ist bis heute von fast 8000 Menschen unterzeichnet worden und läuft noch weiter:

siehe dazu:

<https://www.change.org/p/stop-sexkauf>

Bitte nehmen Sie sich die Zeit und lesen Sie die Kommentare aus der Zivilgesellschaft, deren Stimmen bis jetzt nicht gehört worden sind (s. Anhang).

Sie werden erkennen, dass eine gut informierte Öffentlichkeit kein Verständnis für die bis jetzt vorliegenden unzureichenden Veränderungen des alten Prostitutionsgesetzes hat, die von Ihrem Ministerium und damit natürlich auch von Ihnen persönlich vorgelegt worden sind. Da in dieser Woche in verschiedenen Resorts weiter beraten werden wird, bitten wir dringend darum, dass Sie die im Anhang zusammengestellten Kommentare den betreffenden Resorts übermitteln. Die Stimme derjenigen, die die Mitglieder des Bundestages wählen, kann in einer Demokratie nicht unbeachtet bleiben. Wir müssen allerdings an einer Demokratie und deren Volksvertreterinnen und -vertretern zweifeln, die noch nicht einmal für ein Schutzalter von Frauen in der Prostitution eintreten, die noch nicht einmal die bei Gangbang Parties stattfindenden Massenvergewaltigungen einer Frau verhindern wollen, die sich von Interessenvertretern des Rotlichtmilieus beraten lassen und die die elende Situation von Hunderttausenden von prostituierten Frauen (meist Ausländerinnen) einfach übersehen. Niemand von Ihnen kann sagen: "Wir haben davon nichts gewusst." Es wissen Männer in den Reihen des Bundestages aus eigener Anschauung, was den Frauen in der Prostitution angetan wird, es wissen auch Frauen des Bundestages, was prostituierten Frauen geschieht. Und besonders die Parlamentarierinnen sollten sich fragen, ob sie freiwillig Tag für Tag -zig fremde Männer über sich ergehen lassen würden und ob sie sich freiwillig allein einer Gruppe von Männern ausliefern würden, die sie nacheinander und / oder gleichzeitig benutzen. Und Parlamentarierinnen sollten darüber nachdenken, was sie empfinden würden, wenn sie das erleben müssten, was ich noch am letzten Freitag von einer Aussteigerin gehört habe: "Dann hat er seinen Schwanz in meinen Mund gesteckt bis an den Kehlkopf, hat abgespritzt und sich daran gefreut, dass ich gekotzt habe."

Ja, Frau Schwesig, das alles geschieht völlig legal im Namen Ihrer Partei und soll auch weiterhin legal bleiben. Wie wollen Sie uns das erklären?

Mit freundlichen Grüßen

Inge Hauschildt-Schön
(für die Marburger Bürgerinitiative bi-gegen-bordell)